Ein starkes Europa braucht starke Regionen:

Zentralisierung vermeiden, Wettbewerbsfähigkeit sichern

(beschlossen am 17.01.2026 durch den Landesvorstand der Sächsischen Union)

Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 entscheidet darüber, ob Europa in einer Zeit von geopolitischer Bedrohung, industriellem Wandel und wachsender gesellschaftlicher Verunsicherung handlungsfähig bleibt - und ob diese Handlungsfähigkeit in Sachsen und den Regionen Europas spürbar wird.

Die Sächsische Union unterstützt die wichtigen Reformbemühungen für mehr europäische Handlungsfähigkeit. Ein Haushalt, der Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Zusammenhalt stärkt - ohne Subsidiarität, föderale Verantwortung und demokratische Kontrolle zu schwächen, ist dafür ein Kernelement. Zugleich sind Mittel des EU-Haushalts für den Landeshaushalt und die Gestaltung der Wettbewerbsfähigkeit Sachsens unverzichtbar.

Angesichts der überragenden Bedeutung der europäischen Haushaltsmittel für die Fortsetzung der stabilen sächsischen Haushaltspolitik sehen wir in der aktuellen Debatte über den künftigen EU-Haushalt eine der entscheidenden Fragen und Auseinandersetzungen für das neue Jahr. Sie wird ohne Frage einer der Schwerpunkte für unsere Arbeit in der CDU-geführten Staatsregierung ebenso wie in den Gremien unserer Partei und den Parlamenten - von der kommunalen Ebene bis zum Europäischen Parlament sein. Dabei leiten uns die guten Erfahrungen, die Sachsen mit dem Einsatz europäischer Mittel in den letzten Jahrzehnten gemacht hat. Dank dieser Unterstützung konnten seit der Wiedervereinigung rund 20 Milliarden Euro in die sächsische Infrastruktur, in Forschung, Wirtschaft, Landwirtschaft und vieles mehr investiert werden. Der Freistaat Sachsen wurde zu einem Gestalter wirtschaftlicher Entwicklungen nach der Friedlichen Revolution, der heute Entwicklungen in ganz

Europa mitgestaltet. Dabei werden wir gerade in den ländlichen Regionen den Aufholprozess weiter vorantreiben.

Als Sächsische Union wissen wir aber auch: Regionen im Strukturwandel brauchen weiter Unterstützung von außen. Nur so lassen sich begonnene Entwicklungen verlässlich weiterentwickeln und neue Herausforderungen passgenau und mit Tempo auf den Weg bringen.

Kohäsionspolitik ist dabei mehr als Ausgleich: Sie ist Zukunftsinvestition in Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Vertrauen. Sachsen und Ostdeutschland zeigen exemplarisch, wie aus langfristiger Förderung, Bildung und unternehmerischem Mut industrielle Stärke, Forschung und neue Wertschöpfung entstehen - und damit Kapazitäten, die dem ganzen Kontinent dienen. Der neue MFR muss diese Logik stärken: europäischer Mehrwert durch regionale Wirkung, nicht durch Zentralisierung. Europa wird nicht stärker, wenn Entscheidungen weiter nach oben verlagert werden. Europa wird stärker, wenn es vor Ort wirkt.

Der Freistaat will dabei vorangehen und Labor und Vorbild zugleich sein - für ein Europa, das Zukunft gestaltet. Das ist auch Teil unserer Verantwortung für die gute Unterstützung und große europäische Solidarität, die wie erfahren. Wer gefördert und unterstützt wird, muss mit dem Geld besonders verantwortungsvoll umgehen. Das sind wir denen gegenüber schuldig, die dieses Geld erarbeiten und im harten Ringen politischer Interessen ermöglichen. Der derzeitige Vorschlag der EU-Kommission ignoriert die Verantwortung der Regionen.

1. Föderales Europa sichern - Subsidiarität ernst machen

Die Sächsische Union bekennt sich zu einem Europa der Regionen und zur geteilten Mittelverwaltung. Entscheidungen müssen dort getroffen werden, wo Verantwortung getragen wird - in Ländern, Kommunen und Regionen. Eine Reform des EU-Haushalts darf nicht zu einem Macht- und Zuständigkeitsverlust der regionalen Ebene führen.

Die Sächsische Union lehnt deshalb eine Struktur ab, die EU-Mittel über nationale Gesamtpläne zentralisiert und die deutschen Länder auf Beteiligungsrechte reduziert. Das ist ein europäischer Irrweg, der Europa am Ende nicht stärkt, sondern schwächt. Deshalb müssen die rund 500 regionalen Partnerschaftsverträge weitergeführt werden.

2. Vereinfachung durch Bürokratieabbau - nicht durch Renationalisierung

Wir brauchen keine neuen Zentralstrukturen, sondern:

- weniger Regeln
- klare Zuständigkeiten,
- schnellere Verfahren,
- verlässliche Planung über die gesamte Förderperiode,
- sowie schlankere, wirksamere Kontroll- und Nachweissysteme. Dazu gehören insbesondere:
    - risikobasierte und verhältnismäßige Kontrollen statt Mehrfach- und Detailprüfungen; geringe Risiken werden seltener geprüft,
    - Vertrauen statt Misstrauen: Zertifizierung von Kontrollsystemen auf EU-, nationaler und regionaler Ebene sowie gegenseitiger Anerkennung der Ergebnisse anstelle von Vielfachkontrollen,
    - Wirkungsorientierung: stärkerer Fokus auf Zielerreichung und Ergebnisqualität statt kleinteiliger formaler Auflagen,
    - Vereinheitlichung und Digitalisierung: klarere EU-weite Regeln, weniger nationale Sonderauslegungen („Gold Plating") und einfache digitale Verfahren.

Ein weiteres dringendes Reformthema ist die DSGVO: Datenschutz muss wirksam bleiben, aber mittelstands- und praxistauglicher werden – mit weniger Bürokratie und mehr Rechtssicherheit.

Bürokratieabbau heißt zugleich faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt: Zusätzliche EU-Standards dürfen europäische Unternehmen nicht benachteiligen, wenn Drittstaatenprodukte zu anderen Bedingungen in der EU verkauft, muss EU-Regeln einhalten; Nachweise und Kontrollen bei Importen sind zu stärken und grundsätzlich von Importeuren bzw. dem verantwortlichen Inverkehrbringer zu tragen – nicht zulasten des Staates

EU-Mittel müssen europäischen Mehrwert schaffen und zugleich regional wirksam sein. Renationalisierung unter dem Etikett „Vereinfachung" schwächt Transparenz, Kontrolle und Akzeptanz.

Vereinfachung muss sich für Bürger, Unternehmen und Kommunen als schnellere, verständlichere Förderung bemerkbar machen. Sichtbare Wirkung, klare

Verantwortung vor Ort und zügige Verfahren sind eine Vertrauensfrage: weniger Formular, mehr Fortschritt. Insbesondere müssen interne Handelshemmnisse innerhalb der EU abgebaut werden.

3. Haushaltsrealismus statt Förderillusionen

Wenn EU-Programme steigende Eigenanteile verlangen, die Länder und Kommunen faktisch nicht mehr leisten können, entstehen Förderkulissen ohne Investitionen. Das bremst Transformation, Wachstum und Zusammenhalt. Nicht nur im Interesse unserer eigenen Kommunen, sondern mit Blick auf die realistische Erreichbarkeit der Ziele des neuen EU-Haushalts fordert die Sächsische Union daher:

- eine auskömmliche Finanzausstattung zentraler Politikbereiche (insbesondere Kohäsion und Landwirtschaft),
- Kofinanzierungsregeln, die Investitionen ermöglichen statt verhindern,
- Planungssicherheit durch verlässliche Mittelzuweisungen statt kurzfristiger Umwidmungen.

4. Kohäsion als Motor für Wettbewerbsfähigkeit und Transformation

Kohäsionspolitik ist eine wichtige Säule zur Stärkung der Regionen Europas und strategische Investitionspolitik. Folgendes muss sie gezielt stärken:

- leistungsfähige Infrastruktur,
- Cluster und industrielle Transformation,
- Schlüsseltechnologien und resiliente Wertschöpfungsketten,
- Innovationsräume mit messbarem europäischem Mehrwert.

Gerade Schlüsseltechnologien zeigen, dass Kohäsionspolitik europäische Industriepolitik und Unterstützung der KMU vor Ort ermöglicht: Der Aufbau der Mikroelektronik in Sachsen steht für die Verbindung aus Forschung, Infrastruktur und strategischer Förderung. Sachsens Biotechnologie verbindet exzellente Forschung mit Existenzgründung und macht so aus Ideen schneller neue Diagnostika und Therapeutika. Die neu geschaffene sächsische Forschungslandschaft erzeugt Schwung, der in immer stärkerem Maße alle Regionen Sachsens und seiner Nachbarn erreicht. Entscheidend ist dabei die grenzüberschreitende Dimension - etwa in der Vernetzung mit Tschechien und Polen. Kohäsionspolitik darf nicht an Verwaltungsgrenzen enden, sondern soll europäische Innovationskorridore,

gemeinsame Fachkräfteprogramme und vernetzte Infrastrukturprojekte zwischen Regionen gezielt unterstützen.

Transformation braucht vor allem engagierte Menschen: Demografie und Fachkräftemangel werden in vielen Regionen zum zentralen Engpass. In Ostdeutschland könnten bis 2035 rund 800.000 Erwerbspersonen fehlen. Kohäsionspolitik sollte daher auch Bildungspolitik sein - mit europäischen Ausbildungsnetzwerken, schneller Anerkennung von Qualifikationen und einem attraktiven Umfeld für Familien und Gründer.

INTERREG ist dafür ein Kerninstrument und muss durch konsequenten Bürokratieabbau und praktikable Regeln gestärkt werden, damit grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Alltag leichter wird.

5. Landwirtschaft und ländliche Räume verlässlich absichern

Europa braucht Ernährungssouveränität, stabile Betriebe und lebendige ländliche Räume. Das gelingt nur mit einer starken, eigenständigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Starke Landwirtschaft und lebendige ländliche Räume sind für uns untrennbar. Zugleich sind lebendige ländliche Räume Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke, gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Stabilität. Pauschale Mindestquoten reichen hierfür nicht aus. Der ländliche Raum braucht verlässliche, eigenständige Förderinstrumente.

Für uns ist Vertrauen in lokale Akteure wichtig, weil sie am besten wissen, wie vor Ort welche Herausforderungen angegangen werden können, wie man Politik vor Ort stärkt und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. Die Sächsische Union setzt sich daher für eine klare und auskömmliche finanzielle Absicherung von LEADER ein. Dieses Programm ist für uns weit mehr als ein Förderinstrument für ländliche Entwicklung. Es stärkt demokratische Teilhabe, Eigenverantwortung und gesellschaftlichen Zusammenhalt - und wirkt damit auch präventiv gegen Extremismus. Wir wollen deshalb auch in Zukunft, wo immer möglich, die LEADER-Regionen durch eigene Mittel weiter ausbauen und so ihre positive Wirkung verstärken.

Die Sächsische Union fordert:

- die GAP als eigenständigen Politikbereich mit verlässlicher Finanzierung,

- keine verpflichtende Degression oder Kappung der Direktzahlungen, die gewachsene Strukturen, insbesondere in Ostdeutschland, strukturell benachteiligt,
- eine verbindliche und auskömmliche Absicherung von LEADER als Instrument regionaler Verantwortung und lokaler Entwicklung,
- einfache und attraktive Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen offen für alle konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betriebe.

6. Verantwortung und Risiko zusammenführen - demokratische Kontrolle sichern

Gute Politik heißt: Wer entscheidet, trägt Verantwortung - und das Risiko. Deshalb müssen Entscheidungskompetenz, Umsetzung und Haushaltsrisiko auf derselben politischen Ebene liegen. Neue Instrumente dürfen nicht zu Mittelverfall, Kontrollverlust oder Akzeptanzproblemen führen. Die Erfahrungen im Umgang mit den europäischen Corona-Hilfsmitteln sind ungeeignet für eine Übertragung auf die europäische Haushaltspolitik.

7. Neue Prioritäten finanzieren - Reformen statt Verdrängung

Die Sächsische Union unterstützt die EU dabei, die Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Resilienz zu stärken. Dazu muss der Aufholprozess für den Freistaat Sachsen Schwerpunkt bleiben. Angesichts neuer globaler Herausforderungen, der wachsenden Gefahr, im internationalen Wettbewerb gegenüber wirtschaftlichen Konkurrenten zurückzufallen, sowie zunehmender Sicherheitsbedrohungen ist dieses Vorgehen notwendig.

Es bedarf jedoch auch starker eigener Anstrengungen, um diesen Weg durch Strukturreformen abzusichern und seine Wirkung zu verstärken. Die jüngst vereinbarten Erleichterungen im Sinne eines wirksamen Bürokratieabbaus – etwa die Reform der Lieferkettengesetzgebung, die Erleichterungen bei der Entwaldungsverordnung oder die Abschaffung des Verbrenner-Verbots – sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Das gilt auch für das Mercosur-Abkommen, das eine neue Handelsdynamik anstoßen kann und damit auch für Sachsen und seine Wirtschaft ein wichtiges Signal ist.

Diese neuen Haushaltsschwerpunkte müssen in erster Linie durch Reformen, bessere Verzahnung und Effizienzgewinne finanziert werden – ohne die regionale Strukturpolitik

auszuhöhlen. Europa braucht einen Haushalt, der verbindet statt entfremdet: wirksam vor Ort, föderal verankert, bürokratieärmer und strategisch ausgerichtet.

Die Sächsische Union steht für ein Europa der Regionen – leistungsfähig, gerecht und zukunftsfähig.